

Innenminister der Länder. Die SPD hat im Bundestag die Adenauer-sche Verfassungsergänzung als militaristisches Ermächtigungsgesetz gekennzeichnet, das im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Danach haben also die sozialdemokratischen Länderminister sogar nach dem Bonner Grundgesetz die Pflicht, sich allen Militarisierungsmaßnahmen des Herrn Blank zu widersetzen. Er hat melden lassen, daß in den wichtigsten Städten bereits Meldestellen bestehen und die Gestellungsbefehle schon vorbereitet werden. Möge der Parteivorstand doch die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Innenminister veranlassen, alle Tatsachen über die verfassungswidrigen, die geltenden internationalen Verträge verletzenden Remilitarisierungsschritte vor der Öffentlichkeit zu enthüllen und in ihrem Landesbereich zu unterbinden. Einige Hundert militaristische Verbände und Organisationen führen in Westdeutschland die Traditionen der Hitlerwehrmacht fort und sammeln die Kader für ihre Neuaufstellung. Möge doch der Parteivorstand die sozialdemokratischen Innenminister veranlassen, ihre Befugnisse und ihre Polizeikräfte statt gegen Arbeiterdemonstrationen gegen dieses militaristische Treiben einzusetzen. (Beifall.) Nicht nur im Bundestag, dessen Abstimmungsergebnisse von vornherein feststehen, sondern auch in den Ländern und Städten, wo Kommunisten und Sozialdemokraten und andere Gegner Adenauers in der Mehrheit sind, muß der konkrete Kampf gegen die Remilitarisierung ebenso entwickelt werden, wie das in manchen Städten gegen die Unterminierung der Brücken, Straßen und Anlagen bereits geschieht. Natürlich kann das nur eine Seite des Kampfes sein. Die wichtigste Aufgabe ist und bleibt die Mobilisierung der Massen zu Demonstrationen, Streiks und anderen Aktionen gegen die Folgen der Adenauerpolitik, gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen alle Arten der Kriegsvorbereitung.

Alle Meldungen über die Entwicklung in der westdeutschen Arbeiterklasse deuten darauf hin, daß eine solche Politik der positiven Vorschläge für den gemeinsamen Kampf unter Ausnutzung aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten günstigere Voraussetzungen findet als je zuvor. Eben weil breite Kreise der sozialdemokratischen Anhängerschaft die Gefahr erkennen, die ihnen von der aggressiven Politik Adenauers droht, eben weil sie sich gegen die offenen Agenten des amerikanischen Imperialismus in ihren eigenen Reihen wenden, eben weil auch in gewissen sozialdemokrati-